

Interview Monika Finette

## **Bahnlärm stoppen – Jetzt!**

**Der Krach der Güterzüge ist unerträglich und die Züge verkehren immer öfter: Im Mittelhautal formiert sich der Widerstand. Monika Finette, Stadtratsmitglied der LINKEN in Linz, engagiert sich auch im Vorstand der Bürgerinitiative gegen Bahnlärm, „BIN“. Im Interview erklärt sie die Gründe des Protests und dessen Perspektiven...**

Frage:

Monika, warum hast Du Dich dem Protest gegen den Bahnlärm angeschlossen?

Monika Finette:

Ich wohne selber seit 1984 direkt am Gleis. Früher waren es ein paar Züge am Tag, die mit relativ geringer Geschwindigkeit durch Linz führen. Heute rasen die endlos langen Züge alle paar Minuten direkt vor meinem Haus entlang. Über die Jahre ist das einfach unerträglich geworden.

Frage:

Was genau sind die Folgen?

M.F.:

Lärm macht krank, das ist mittlerweile wissenschaftlich bewiesen: Herz-Kreislaufkrankungen sind die unmittelbare Folge. Der Lärmpegel ist dermaßen hoch, dass Gehörschäden sicher eintreten. Unsere Kinder leiden an Konzentrationsschwierigkeiten. Und viele andere Gesundheitsprobleme werden verstärkt oder kommen erst zum Ausbruch. Was die Bahn mit uns Gleisanliegern macht ist vorsätzliche Körperverletzung.

Frage:

Warum vorsätzlich? Ist der Lärm zu verhindern?

M.F.:

Wir sind nicht gegen die Bahn als solche. Weniger Bahnlärm und dafür mehr LKW ist natürlich keine Lösung. Aber es kann doch nicht sein, dass nicht einmal der Lärm vermieden wird, der technisch vermieden werden kann. Das ist eine reine Kostenfrage: Lärmvermeidung ist teuer, weil die Bahn seit Jahrzehnten mit uralten Waggons fährt. Und jetzt müssten hunderttausende Waggons umgerüstet werden – das will die Bahn erst mit jahrelanger Verzögerung tun.

Frage:

Was wäre die Lösung?

M.F.:

Lärm muss kosten. So, wie laute Flugzeuge mehr für die Landung bezahlen als leisere. Beim Straßenverkehr hat man schon lange erkannt, dass gesetzliche Schallgrenzen der einzige Weg sind, lärmgeplagte Straßenanlieger zu entlasten. Wieso sollte das bei der Bahn nicht funktionieren? Es ist offensichtlich so: Der Bund ist Eigentümer der Bahn. Und wenn sich ein Eigentümer selbst Grenzen auferlegen soll, zumal solche, die Geld kosten, dann wird das eher nichts. Deswegen machen wir jetzt Druck. Schließlich ist der Lärm auch eine Enteignung: Wer will denn schon ein Haus wie meins kaufen, wenn alle paar Minuten ein Zug vorbei donnert? Und wie lange will die Bahn noch mauern, wenn es um die Schäden geht, die durch die ständigen Erschütterungen und Vibrationen an den Häusern entstehen?

Frage:

Die lokale Politik hat den Unmut erkannt. Mittlerweile ist der Bahnlärm parteiübergreifend Thema.

M.F.:

Das stimmt. Hier vor Ort ist das so. Aber schon, wenn man sich ansieht, wie die lokalen Bundestagsabgeordneten hier reden – und was die SPD- und CDU-Fraktionen in Berlin tatsächlich tun – dazwischen liegen Welten. Es geht eben um viel Geld: Und wenn der Etat des Verkehrsministeriums, wie jüngst bekannt wurde, verkleinert wird, dann ist natürlich die Frage, ob den schönen Reden auch Taten der Bundesregierung folgen. Auf diese seit Jahren auch von der Landesregierung praktizierte Vertröstungsstrategie wollen wir uns nicht länger einlassen: Es muss sofort etwas passieren.

Frage:

Und was?

M.F.:

Wir fordern ein Nachtfahrverbot für die veralteten Waggons. Und tagsüber müssen Geschwindigkeitsbegrenzungen festgelegt werden. Das würde sofort helfen. Mittelfristig muss das technisch Mögliche an den Waggons auch umgesetzt werden. Es gibt kein Recht der Bahn, die Anlieger ihrer Strecken mit Uraltwaggons zu terrorisieren. Und schließlich: Den kompletten Nord-Süd-Güterverkehr, der durch neue Alpentunnels beträchtlich steigen wird, allein über das Rheintal abzuwickeln, ist unzumutbar. Deswegen müssen langfristig auch neue Bahnstrecken geplant und gebaut werden.

Frage:

Was ist mit den Gefahrguttransporten?

M.F.:

Das ist ein Problem, was noch viel zu wenig diskutiert wird. Wenn man sich ansieht, wie die Kesselwagen mit den Horroraufklebern durch die Orte rasen, kann einem angst und bange werden. Auch da muss etwas geschehen. Denn wenn es hier einen Unfall mit brennbaren oder giftigen Stoffen gibt, dann wird das eine Katastrophe. Andernorts ist das schon passiert. Und deswegen muss das menschenmögliche unternommen werden, solche Unfälle zu verhindern.

Frage:

Was kann DIE LINKE in den Stadträten und dem Kreistag tun?

M.F.:

Wir müssen dran bleiben. Auch, wenn der Bahnlärm nach der Bundestagswahl nicht mehr das Topthema sein wird. Vor der Wahl versprechen ja alle, die an die Regierung wollen, das Blaue vom Himmel. Wir werden die nächste Bundesregierung und ihre Abgeordneten vor Ort an ihre Versprechen von heute erinnern müssen. Denn von selbst, davon bin ich überzeugt, wird sich auf Jahre wenig zum Positiven ändern.

Stand: 28. Januar 2013